

Sonderdruck 1 aus den
Nationalsozialistischen Monatsheften



Wissenschaftliche Zeitschrift der N.S.D.A.P.

Herausgeber: Adolf Hitler · Schriftleitung: Alfred Rosenberg

Sofort-Programm
der
Arbeits=
beschaffung

von Bernhard Köhler

20 Pfg.

Verlag Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München

Nationalsozialistische Monatshefte

Herausgeber: Adolf Hitler

Die Monatschrift hat sich zur Aufgabe gestellt, die geistigen Grundlagen unserer Weltanschauung zu vertiefen, und es ist deshalb Pflicht eines jeden Pg., laufend die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ zu beziehen.

Folgende Hefte sind bisher erschienen:

- Heft 1 Wesensgefüge und Organisation der deutschen Freiheitsbewegung (vergriffen)
- Heft 2 Kampf um die Jugend (vergriffen)
- Heft 3 Deutscher Wehrgeist (vergriffen)
- *Heft 4 England, Indisches Problem, Jüdische Hochfinanz
- Heft 5 Marxismus, Bürgertum, Nationalsozialismus
- Heft 6 Wir klagen an
- Heft 7 Neugeburt des deutschen Rechts
- Heft 8 Deutsche Erziehung
- Heft 9 Rassenhygiene, Bevölkerungspolitik
- Heft 10 Neues Wirtschaftsdenken
- Heft 11 Kulturelle Wiedergeburt
- Heft 12 Deutsches Nationaltheater
- Heft 13 Stich ins Zentrum
- Heft 14 Der nationale und soziale Verrat der S.P.D.
- Heft 15 Der Bluffstaat der Sowjets
- Heft 16 Der Fall Ludendorff
- Heft 17 Neuer Adel — Bauer in Not
- Heft 18 Weimars Ende
- Heft 19 Arbeitslosigkeit
- Heft 20 Deutsche Sicherheit
- Heft 21 Funk und Film
- Heft 22 Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus (vergriffen)
- Heft 23 Sofort-Programm der Arbeitsbeschaffung (vergriffen)
- Heft 24 Rassenhygiene

*) Dieses Heft erschien auch in englischer Sprache. Preis Mk. 1.—.

Preis der Hefte: vierteljährlich durch die Post bezogen DM. 1.50 zuzüglich 6 Pfg. Zustellgeld. Einzelnummer 60 Pfg. Probenummer kostenlos. Beziehbare durch jede Buchhandlung oder direkt durch den Verlag Frz. Eher Nachf., München 2 NO.

HD 5779
K 63

1265191

München

Arbeitsbeschaffung kein Problem, sondern eine Aufgabe!

Von Bernhard Köhler

I.

Das Wachstumsgesetz der Arbeitslosigkeit.

Der eigentümlich rhythmische Anstieg der Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr und ihr mit unverkennbarer Regelmäßigkeit beschleunigtes Wachstum muß jedem Betrachter auffallen. Sichtlich baut sich die Bewegung jedes Jahres auf der des vorhergehenden auf (vgl. Schaubild und Erläuterung in Heft 19/1931 der N.S.M. sowie „Völk. Beob.“ Nr. 20 und 22 vom 20. und vom 22. Januar 1932). Die Erklärung ist einfach: Bestehende Arbeitslosigkeit muß sich selbst vergrößern, da Arbeitslosigkeit geringere Mittel der Arbeitslosen, geringere Bedarfsanmeldung, geringere Aufträge für die noch Arbeitenden zur Folge hat. Und da zudem letzten Endes nur die erzeugten Güter des einen Jahres das Betriebskapital des neuen Jahres bilden, muß sich auch infolge der unproduktiven Unterstützung, infolge des leistungslosen Verzehrs durch die Arbeitslosen das Betriebskapital der Volkswirtschaft und damit die Erzeugung und die Arbeitsmöglichkeit von Jahr zu Jahr mindern.

Um eine zuverlässige Vorstellung über die Größe dieser beiden Wachstumsursachen zu gewinnen, verfolgen wir das selbsttätige Wachstum der Arbeitslosigkeit von einer angenommenen Anfangszahl aus. Werden 1000 Arbeitnehmer arbeitslos, so vermindert sich ihr Einkommen und damit ihre Kaufkraft um den Betrag, um den die Unterstützungssumme unter dem Lohn liegt. Der Durchschnittsjahreslohn betrug in den Jahren 1925 bis 1929 je Arbeitnehmer 1808 RM.¹, die durchschnittliche Jahresunterstützung (aus allen drei Quellen: Versicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege zusammen) in den Jahren 1924 bis 1931 je Hauptempfänger, also je unterstützten Arbeitslosen, 760 RM.². Die Kaufkraft dieser ausgestellten Arbeitnehmer vermindert sich also um zusammen 1 048 000 RM. Diese Kaufkraft hätte, solange sie wirksam war, eine Menge Hände und Köpfe in Bewegung gesetzt, deren Anzahl wir bestimmen können. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volksein-

kommen beträgt 53,2 v. H. Eine Kaufkraft wird also im allgemeinen 53,2 v. H. ihres Betrags der Arbeitnehmerschaft, den Rest den Gewerbetreibenden, dem Handel, den Banken usw. zu verdienen geben. Im Großen gesehen, und nur auf die Verhältnisse der gesamten Volkswirtschaft kommt es uns hier an, wird das immer stimmen, so unangemessen es im einzelnen erscheinen mag. Demnach dürfen also 53,2 v. H. der 1,048 Million als Arbeitslöhne betrachtet werden. Von den so sich ergebenden 557 536 RM. haben also 308 Arbeitnehmer bisher ihr Brot gehabt; und für diese 308 ist nunmehr keine Arbeit mehr da. Sie werden ebenfalls ausgestellt.

Mit deren Kaufkraft geschieht nun dasselbe; die Wirkung pflanzt sich fort auf weitere 95 Arbeitnehmer, dann auf 29, auf 9, auf 3, auf 1. Am Ende ergibt sich, daß die Kaufkraftminderung von 1000 Arbeitnehmern nicht weniger als 445 neue Arbeitslose macht³. — Es braucht nicht betont zu werden, daß dieser Hergang in der Praxis selbstverständlich nicht streng schematisch erfolgt. Solange aber nicht Arbeitslosigkeit der einen automatisch Mehrverbrauch anderer nach sich zieht, was bekanntlich nicht der Fall ist, muß diese Wirkung eintreten. Und sie muß um so strenger der Regel entsprechen, je größer die Zahlen sind, um die es sich handelt, weil bei großen Zahlen sich die kleinen Verschiebungen der Praxis gesetzmäßig ausgleichen.

Diese Wirkung der verminderten Kaufkraft tritt naturgemäß nur ein, wenn bisher Beschäftigte ausgestellt werden. Sie kommt nach verhältnismäßig kurzer Zeit zur Ruhe. Immerhin ist sie so bedeutend, daß das Brotloswerden von 1000 Arbeitnehmern, die zusammen einen Lohn von 1 808 000 RM. beanspruchen hätten, allein den öffentlichen Kassen und damit der Steuer- und Beitragskraft der Wirtschaft einen Barschaden von 1 610 659 RM. zugefügt, da eben anstelle der 1000 in kurzer Folge 1445 arbeitslos werden und für alle diese sowohl Unterstützungen zu zahlen sind als auch weniger Steuern und Abgaben eingehen. Der Schaden, der durch Ausstellung von 1000 Arbeitslosen der Wirtschaft zugefügt wird, beträgt also 89 v. H. der gesamten Lohnsumme, die sie erfordert hätten⁴. Ein schlechtes Geschäft, das auf den wirtschaftlichen Scharfblick derjenigen, die durch Gewährung einer Unterstützung alles Erforderliche gegen die Arbeitslosigkeit getan zu haben glauben, ein sehr ungünstiges Licht wirft.

Noch ungleich einschneidender ist die Wirkung des unproduktiven Verzehrs durch die Arbeitslosenunterstützung, da sie sich immer wiederholt, solange für die Unterstützung (Ernährung) des Arbeitslosen keine Arbeit als Gegenleistung in die Volkswirtschaft eintritt. Denn solange der Arbeitslose gezwungen ist, seine Unterstützung ohne Gegenleistung zu verzehren, solange wird auch die ihm übermittelte und von ihm ausgeübte Kaufkraft volkswirtschaftlich nicht gedeckt. Sie wird nicht, was zum verlustlosen Ablauf des Wirtschaftsvorgangs notwendig wäre, durch Arbeit wieder neu erzeugt, sondern verschwindet im Augenblicke ihres Verzehrs. Man kann sich diesen Verlust als Kaufkraftminderung der anderen, noch arbeitenden Teile der Volkswirtschaft vorstellen. Richtiger ist, überhaupt nicht in Geld zu denken, sondern sich zu vergegenwärtigen, daß die Volkswirtschaft überhaupt nur im Austausch der Leistungen der Volksgenossen untereinander bestehen kann und daß also leistungsloser Verzehr naturgesetzlich zum Verlust des Verzehrten für die

Volkswirtschaft führen muß. (Die Verschleierung dieser Tatsache beim Zins kann hier nicht besprochen werden.) Der unproduktive Verzehr ist ein Kapitalverlust, während die Kaufkraftminderung eine Umlaufhlähmung bedeutet. Die Unterscheidung wird uns bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gute Dienste tun. In ihrer Wirkung treten die beiden Vorgänge natürlich zusammen auf.

Könnte die Unterstützung aus echten Überschüssen der Volkswirtschaft bezahlt werden, so wäre die unproduktive Arbeitslosenunterstützung zwar ein wirtschaftlicher Unsinn und ein schwerer Fehler, aber immerhin lange erträglich. Nachdem aber Revolution und Inflation die Rücklagen der Volkswirtschaft aufgezehrt und die *T r i b u t e* jeden erreichbaren Ertrag aus der Volkswirtschaft gezogen haben, muß der Verlust aus dem unproduktiven Verzehr zu immer weiterer Verarmung, zu immer geringerer Arbeitsmöglichkeit, zu immer größerer Arbeitslosigkeit führen. Nur wenn der Austausch der Leistungen in der Volkswirtschaft ausgewogen und ausgeglichen ist, kann arbeitswillige Hand und Stirn jederzeit Arbeit finden!

Die Wirkung dieses Verlustes wird ähnlich wie die der Kaufkraftminderung berechnet⁵, nur daß die jedesmalige Wiederholung des Verlustes und die Wirkung der infolgedessen immer neu eintretenden Ausstellungen berücksichtigt werden müssen. Rechnet man diese Wirkung durch, so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß aus 1000 Arbeitslosen, die nicht schleunigst wieder in den Wirtschaftslauf eingeschaltet werden, nach einem Jahre schon 1220 werden müssen, nach zwei Jahren 1570, nach drei Jahren 2020, nach vierein 2620, nach fünf Jahren 3390, nach sechs Jahren 4380, nach sieben 5670 usw.

M ü s s e n. Wird die Arbeitslosigkeit nicht bei ihrem Auftreten sofort und tatkräftig durch Arbeitsbeschaffung bekämpft, so muß, falls die Volkswirtschaft nicht erhebliche Rücklagen und Überschüsse zu verzehren hat, die beschriebene Wirkung eintreten, die Arbeitslosigkeit größer und immer größer werden. Und da im allgemeinen die Organisation der Verteilung solcher Überschüsse nicht leicht ist, muß diese selbsttätige Vergrößerung der Arbeitslosigkeit auch in solchen Völkern statthaben, deren Reichtum sie an sich widerstandsfähiger machen sollte. Zum großen „Problem“ wird die Arbeitslosigkeit nur durch die Untätigkeit derer, die die Verantwortung für die Organisation des Leistungsaustauschs in der Volkswirtschaft tragen.

Wie groß nun der Anteil selbsttätiger Steigerung, also die Folge der Nichtbekämpfung, am Wachstum unserer Arbeitslosigkeit tatsächlich ist, das erkennen wir aus dem beigegebenen Schaubild. Dieses zeigt in der durchgezogenen Linie die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, wie sie in Wirklichkeit von 1924/25 bis 1930/31 stattgehabt hat. Die punktierte Linie dagegen ist die Entwicklung, die die Arbeitslosigkeit nach den hier geschilderten Gesetzen nehmen mußte, nachdem sie bei ihrem Tiefstand 1924/25 nicht sofort praktisch durch Arbeitsbeschaffung bekämpft worden ist.

Man sieht deutlich wie die Rationalisierungsjahre der schon bestehenden eine zusätzliche Arbeitslosigkeit aufsetzten, wie aber die Volkswirtschaft diese schon wieder aufzusaugen beginnt, während von unten her das selbsttätige Wachstum aufsteigt, die absteigende Bewegung unterläuft, anfängt und nach oben führt. Man sieht, wie die inflatorische Versorgung Deutschlands mit fremdem Kapital während der nun folgenden Jahre das Wachstum der

Arbeitslosigkeit zwar nicht verhindert hat, aber infolge der erborgten Betriebsmittel keine zusätzliche Arbeitslosigkeit entstehen ließ und in Gestalt einer Scheinbelegung sogar die automatische Bewegung etwas drückte. Und wie dann die neuen Erschwerungen, Youngplan, Weltkrise, Goldteuerung, Exportlähmung usw. die Kurve der Wirklichkeit wieder erheblich über die ideale Kurve hinausführen.

Für 1930/31 steht die durchschnittliche Arbeitslosigkeit um rund 600 000 über dem Punkte, der durch selbsttätiges Wachstum erreicht werden mußte, d. h. von den 3,8 Millionen ist nur ein schwaches Sechstel der „Krise“ zu verdanken, ein Fünftel (736 000) waren schon da, demnach ist der Rest, starke zwei Drittel, der Nichtbekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Untätigkeit und dem Mangel an Einsicht bei den Regierungen zuzuschreiben. Selbstverständlich wirken bei neu eintretenden äußeren Ursachen auch die beschriebenen Mehrungskräfte, Kaufkraftminderung und Kapitalsverzehr, wieder mit und vergrößern den Abstand von der errechneten Bewegung. Nehmen wir an, der Durchschnitt 1931/32 werde bei 5,1 Millionen liegen, so würde der Zuwachs über die auf 1924/25 aufgebaute Kurve hinaus schon rund eine Million betragen.

Zur besseren Übersicht seien hier die beiden Bewegungen, die wirkliche und die errechnete, auch in Zahlen nebeneinander gestellt.

Die Arbeitslosigkeit 1924/25 bis 1930/31.

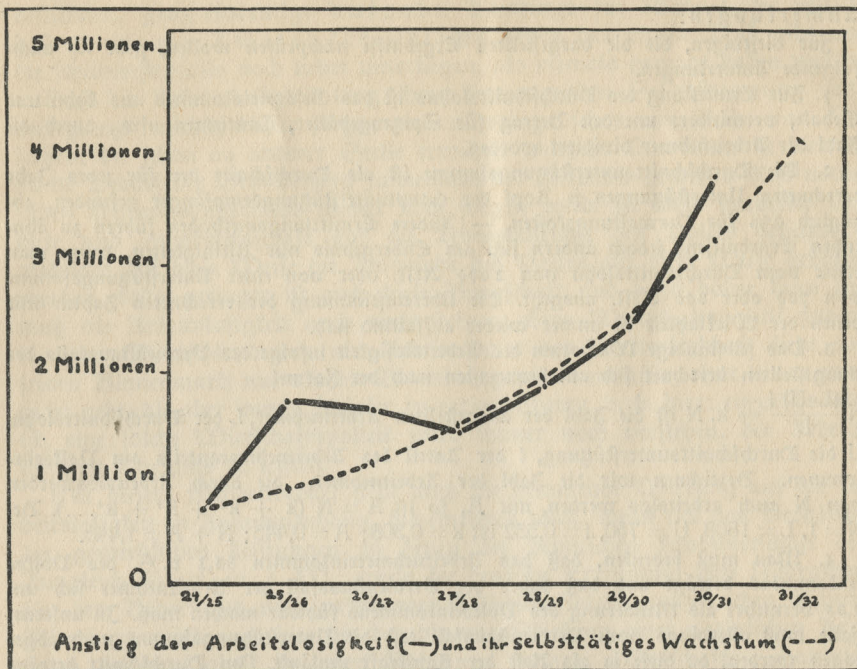
	Wirkliche Bewegung	1924/25 = 100	Selbsttätiges Wachstum	1924/25 = 100
1924/25	736 000	100	736 000	100
1925/26	1 765 000	240	898 000	122
1926/27	1 667 000	226	1 155 000	157
1927/28	1 468 000	199	1 487 000	202
1928/29	1 897 000	258	1 928 000	262
1929/30	2 443 000	332	2 495 000	339
1930/31	3 820 000	519	3 224 000	438

Aus der so aufgedeckten Gesetzmäßigkeit gewinnen wir wichtige Erkenntnisse für die praktische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie lauten:

1. Wird Arbeitslosigkeit nicht sofort bekämpft, wenn sie auftritt, so muß sie mit steigender Beschleunigung wachsen und immer neue Gebiete der Wirtschaft ergreifen.

2. Sind die Tribute die praktische Auslösung der Arbeitslosigkeit, so ist die Untätigkeit der Regierungen gegen sie schuld an ihrem ungeheuren Wachstum. Mindestens zwei Drittel der heutigen Arbeitslosigkeit ist diesem Verschulden zuzuschreiben.

3. Arbeitsloswerden eines Arbeitnehmers verursacht einen Schaden von 90 v. H. der Summe, die er als Arbeitslohn beansprucht hätte. Also ist es auch wirtschaftlich richtiger, sein Recht auf Arbeit zu achten und ihm sofort wieder Arbeit zu geben.



4. Unproduktive Arbeitslosenunterstützung zehrt am Betriebskapital der Volkswirtschaft und vermehrt die Arbeitslosigkeit.

5. Es gibt im Augenblick der Entstehung von Arbeitslosigkeit keine dringendere Aufgabe als Arbeitsbeschaffung. Können die letzten Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht sofort beseitigt werden, so muß mindestens durch Beschäftigung der Arbeitslosen zum normalen Lohn die weitere Ausbreitung der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

6. Arbeitsbeschaffung muß sich auf zwei Ziele einrichten: Erstens auf die Erhaltung des Leistungsaustauschs durch Verhinderung des Verdienstaustauschs und zweitens auf Erhaltung und Neugewinnung volkswirtschaftlichen Betriebskapitals durch Erzeugung nutzbarer Leistungen.

Im Grunde wissen wir das längst und haben es oft genug gesagt: Durch Nichtarbeit muß die Wirtschaft immer schlechter gehen, und wenn wir nur endlich einmal wieder zu arbeiten anfangen, kann das Volk dadurch nicht noch ärmer, die Wirtschaft nicht noch kränker werden, — wie man da zu fürchten scheint, wo man nach Auslandskapital, internationaler Hilfe und dergleichen teils nebelhaften, teils gefährlichen Mitteln ruft. Marxistische wie kapitalistische Denkweise können sich nicht von der Vorstellung losmachen, daß, wenn man Arbeit sucht, immer jemand da sein müßte, der Arbeit gibt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so können sie es sich durch die klaren Zahlen beweisen lassen, daß niemand als der Bedarf des Volkes selbst der große Arbeitgeber ist, der Unternehmern und Arbeitern Arbeit gibt.

Anmerkungen:

Für diejenigen, die die dargestellten Ergebnisse nachprüfen wollen, gebe ich nachfolgende Anmerkungen.

1. Zur Ermittlung des Durchschnittslohns ist das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt, vermindert um den Betrag für Spitzengehälter, Tantiemen usw., durch die Zahl der Arbeitnehmer dividiert worden.

2. Die Durchschnittsunterstützungssumme ist als Durchschnitt der für jedes Jahr errechneten Unterstützungen je Kopf der Hauptunterstützungsempfänger gefunden, abzüglich 6% für Verwaltungskosten. — Andere Ermittlungsmethoden führen zu ähnlichen Ergebnissen; jedoch ändern sich am Endergebnis nur Kleinigkeiten, wenn man etwa vom Durchschnittslohn von 2000 RM. oder von einer Unterstützungssumme von 700 oder 800 RM. ausgeht. Die Übereinstimmung der errechneten Zahlen mit denen der Wirklichkeit ist immer wieder auffallend nah.

3. Das selbständige Wachstum der Arbeitslosigkeit infolge des Verdienstausfalls der Ausgestellten berechnet sich am bequemsten nach der Formel

$$N \frac{(L-U) l}{L} = k \cdot N \text{ ist die Zahl der ausgestellten Arbeitnehmer, } L \text{ der Durchschnittslohn,}$$

U die Durchschnittsunterstützung, l der Anteil des Arbeitnehmeranteils am Volkseinkommen. Bezeichnen wir die Zahl der Arbeitnehmer, die durch Arbeitsloswerden von N auch arbeitslos werden, mit A, so ist $A = N(k + k^2 + k^3 + k^4 \dots)$. Bei $N = 1$, $L = 1808$, $U = 760$, $l = 0,532$ ist $k = 0,308$; $A = 0,445$; $N + A = 1,445$.

4. Man muß bedenken, daß das Arbeitnehmereinkommen 53,2 v. H. des Volkseinkommens beträgt und daß daher der Verdienstausfall der Arbeitnehmer sich um 0,88 vermehrt als Minderung des Volkseinkommens fühlbar machen muß. In unserem Falle muß allerdings vom Verdienstausfall erst die Unterstützungssumme noch abgezogen werden, da diese ja als Rest der Kaufkraft umläuft. Im Durchschnitt beträgt das Aufkommen an Steuern und öffentlichen Abgaben 18 v. H. des Volkseinkommens.

5. Der Vermehrungsfaktor aus unproduktivem Verzehr heiße z. Er ist gleich $\frac{U \cdot l}{L}$.

Nach einem Jahre werden aus N Arbeitslosen Nz neue. Es sind also $N + Nz$ vorhanden. Nach einem weiteren Jahre treten $z + z \cdot z + z \cdot k$ hinzu. Bezeichnen wir Nz mit s_1 , $N + Nz$ mit S_1 (das sind die Arbeitslosen insgesamt im zweiten Jahre) und setzen wir $N = 1$, so ist

$$\begin{aligned} S_2 &= z + s_1 z + s_1 k \\ S_3 &= z + s_1 z + s_2 z + s_2 k \\ S_4 &= z + s_1 z + s_2 z + s_3 z + s_3 k \\ &\text{usw.} \end{aligned}$$

$$\begin{aligned} S_1 \text{ ist dann} &= N + s_1 \\ S_2 &= N + s_1 + s_2 \\ S_3 &= N + s_1 + s_2 + s_3 \text{ usw.} \end{aligned}$$

Da die Arbeitslosigkeit 1924/25 nicht entsteht, sondern schon besteht, wird für die Berechnung des selbsttätigen Wachstums nur diese Formel angewendet. — Für die hier durchwegs gebrauchten Werte ist $z = 0,224$, k wie in Anmerkung 3 berechnet = 0,308.

II.

Arbeit gegen Arbeitslosigkeit.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Der Wahnwitz, daß ein armes Volk seine Arbeitskraft untätig verkommen läßt, hat lange genug gedauert. Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose ist kein dunkles Rätsel, an dem sich allerlehrteste Kommissionen die Zähne ausbeißten müssen, sondern sie ist eine ganz

bestimmte, ganz eindeutige Aufgabe. Allerdings für Männer, die wissen, daß es eine unabweisbare Pflicht gegen das eigene Volk gibt und die schlimmstenfalls noch lieber unterliegen, als niemals gewagt haben wollen.

Daß die Arbeitslosigkeit trotz ihrer fortzeugenden Selbststeigerung nicht unbegrenzt wächst, dafür sorgen nun allerdings schon eine Reihe von Tatsachen, die schon an anderer Stelle erwähnt wurden. Vor allem ist hier der nackte Bedarf der Bevölkerung zu nennen, der für einen gewissen Rest natürlichen Leistungsaustauschs immer noch sorgen wird. Je mehr natürlich Tribute und Zinsnechtschaft auf die Lebenshaltung des Volkes drücken, je niedriger auf diese Weise die Ansprüche des Volkes auf diese Weise gehalten werden, desto geringer ist auch diese Bürgschaft und desto höher kann und muß die Arbeitslosigkeit auch noch steigen. Eine Wirtschaftspolitik zudem, die ganz Deutschland nur als Arbeitnehmer der Weltwirtschaft sieht und seinen Binnenmarkt nur als die Betriebsorganisation dafür, ohne die es zwar nicht geht, die aber immer schärfer zu rationalisieren, d. h. hier: einzuschränken ist, eine solche Wirtschaftspolitik wird immer noch verstehen, der Arbeitslosigkeit Vorschub zu leisten.

Mit diesem Mindestbedarf steht auch die hemmende Wirkung auf die Arbeitslosigkeit in Zusammenhang, die eintreten muß, wenn sich das Verhältnis der gewerblichen Leistungen zu denen der heimischen Landwirtschaft dem Ausgleich nähert, m. a. W., wenn die deutsche Erzeugung von Nahrungsgütern für den Bedarf der noch arbeitenden Wirtschaftsteile auszureichen beginnt. Allerdings wird auch hier die beruhigende Wirkung einer natürlichen Kraft durch falsche Politik in jeder Richtung, Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Valutapolitik dauernd gestört, so daß von solcher Politik immer wieder neue Anstöße zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit ausgehen. — Eine gewisse Hemmung weiteren Fortschreitens mag der Arbeitslosigkeit auch aus dem Rückgang der Erwerbstätigen und Arbeitnehmer erwachsen, der gegenwärtig als Folge des Geburtenrückgangs im Kriege fühlbar wird. Doch kann diese Wirkung nur gering sein, trifft auf Gegenwirkungen aus der Bevölkerungsbewegung und bildet doch alles andere als etwa einen Vorteil, auf dem man sich zur Ruhe setzen könnte.

Wir sind uns darüber klar, daß die in der Gegenwart wirkenden sogenannten „Ursachen“ der Arbeitslosigkeit nur Auslösungen der bleibenden Grundursache sind, die in der mangelnden Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes zu suchen ist. (Hier liegt auch der praktisch greifbare Zusammenhang zwischen dem im ersten Aufsatz beschriebenen leistungslosen Verzehr durch bloße Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und dem Wachstum der Wirtschaftslähmung.) Solange diese zu schmale Ernährungsbasis nicht verbreitert ist, wird das deutsche Volk stets mit einer lauernden Gefahr der Arbeitslosigkeit rechnen und ihr Eintreten als zwangsläufige Folge seiner Abhängigkeit in der Ernährung betrachten müssen. Aufgabe der Politik als solcher ist es, dem deutschen Volk das Land zu schaffen, das ihm sein Brot gibt, und damit seine Entproletarisierung, seine Erhebung über den Stand als abhängiger Arbeitnehmer der Weltwirtschaft oder eines vorherrschenden Volkes zu vollziehen. Der Weg hiezu ist nur der Weg der Kraft, und wir werden sie haben, weil wir um unser Leben kämpfen.

Aber sechs Millionen Arbeitslose stehen vor den Toren und rufen nach Arbeit und Brot. Ihnen zu helfen, damit kann nicht gewartet werden, bis der richtige politische Augenblick gekommen ist. Auch nicht, bis ideale Sozial- und Wirtschaftsreformen mit Mißständen, Verkehrtheiten und Unvollkommenheiten aufgeräumt haben. Die beste Sozialpolitik heißt kurz und gut: Recht auf Arbeit! Praktisch ist das die Bürgerschaft des Staates für Arbeit. Es ist ohne weiteres zu ermessen, wie ungeheuer und wohlthätig, nein: entscheidend der Einfluß des Gemeinwillens auf die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit im Volke sein wird, wenn das Gemeinwesen sich diese Bürgerschaft für Arbeit auferlegt. Und es ist klar, daß ein solches praktisch greifbares Recht auf Arbeit für die Befreiung des Arbeiterstandes aus sozialer Abhängigkeit tausendmal mehr erreicht, als die raffinierteste Wirtschaftsbindung, die, wie Sowjetrußland zeigt, keine freien Arbeiter, sondern erst recht proletarische Arbeitnehmer macht.

Die Aufgabe der sofortigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zerfällt in zwei Teile: Erstens die Ingangsetzung des Leistungsaustausches zwischen den Volksgenossen, also kurz: Verdienenlassen der Arbeitslosen, und zweitens Erzeugung von Gütern, die das Betriebskapital der Volkswirtschaft wieder vermehren. (Betriebskapital der Volkswirtschaft ist die Gesamtheit der Erzeugnisse, die als Grundlage der Arbeit des nächsten und der folgenden Zeitabschnitte zur Verfügung stehen.)

Ungeeignete Versuche zur Lösung der ersten Aufgabe sind Vorschläge, die den nur zurückgedrängten, nicht ausgelöschten Bedarf der Arbeitslosen nach Gütern, die über die nackte Ernährung hinausgehen, durch unmittelbaren Leistungsaustausch befriedigen wollen, Arbeitsstuben usw. Als eine mehr karitative Maßnahme stiften sie in kleinem Rahmen viel Gutes, eine Übertragung des Gedankens auf größere Kreise muß immer mit Gutscheinen usw., also irgendeinem Notgeld arbeiten. Und wenn das auch durchaus nicht gefährlich wäre, wie gewisse Interessenten des internationalen Geldmonopols wider besseres Wissen behaupten, so ist doch nicht einzusehen, warum dieser Austausch nicht auf dem gewöhnlichen, längst eingespielten Wege des richtigen Verdienenlassens geschehen soll. Die Arbeit, die hin und her geht, ist doch immer wieder die gleiche: Leistung gegen Leistung. Also wollen wir doch ruhig auch den zunächst unproduktiven Teil des Lohnes, denjenigen, der in gemeinwirtschaftlichen Anlagen investiert werden muß, darauflegen, weil wir ihn ja sowieso als Unterstützung zu zahlen hätten.

Daher erfüllen Notstandsarbeiten diese Aufgabe viel besser. Notstandsarbeiten im besten Sinne sind aber natürlich solche, die an sich notwendig sind und daher auch in weiterer Folge die darin investierten Unkosten wieder herausbringen. Wasser- und Landstraßenbau sind hier vor allem zu nennen, dazu die großen Pläne zur Umgestaltung der Wärmewirtschaft und Wärmeversorgung, mit denen wir aber schon auf ein anderes Gebiet übergreifen, ebenso wie bei den Plänen zur inneren Kolonisation. Das schönste Beispiel für die Wiederbelebung (Organisation) des Leistungsaustauschs zwischen den Volksgenossen ist der nationalsozialistische Vorschlag zur Ablösung der Hauszinssteuer durch Arbeitsvergebung am Hause, Instandsetzungen, Verbesserungen, Umbauten, die durch die Veränderungen des Wohnungsbedarfs geboten sind (Kleinwohnungen anstatt großer) usw. Er ist ein Schulbeispiel dafür, wie man ohne künstliche Planungen Arbeit schaffen kann, wenn man nur will.

Nehmen wir an, daß eine Milliarde RM. aus der Hauszinssteuer für diesen Zweck freigemacht würde, so kann man rechnen, daß 655 000 Arbeitnehmer für ein Jahr wieder beschäftigt werden. Steigt die Zahl der überhaupt nicht unterstützten Arbeitslosen noch weiter (ohne die Wohlfahrtserwerbslosen ist sie bisher im Durchschnitt weniger als 15 v. H. der Arbeitslosen gewesen), so wird sich die Zahl der Neubeschäft-

tigten noch erhöhen, desgleichen, wenn es bei einer Milliarde bleibt, dagegen die Lohnsenkung berücksichtigt wird, die ja den Durchschnittslohn weit unter den Satz gedrückt hat, den wir hier mit 1808 RM. zugrunde legen. Und es steht natürlich nichts im Wege, den sanften Zwang zur Vergebung von Hausarbeiten solange bestehen zu lassen, wie es nötig ist.

Erzeugt wird bei dieser Arbeitsbeschaffung nichts: sie ist die glücklichste Form der Organisierung von Verdienst, Leistungsaustausch, Kaufkraftmehrung, sie ist gleichzeitig die Erfüllung dringender sachlicher Notwendigkeiten, aber sie ist auch nur Investierung von Kapital, das (eben in Höhe der Hauszinssteuer) aufgebracht werden muß. Doch gerade hier, bei diesem Beispiel, muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, was für alle anderen Aufgaben, Notstandsarbeiten, Großbauten usw. gilt: Die Lebensinteressen des Volkes verlangen einfach, solches Kapital zu investieren, Arbeitskräfte an der Erstellung und Erhaltung langlebiger Güter anzusetzen. Volkswirtschaftlich ist Kapital nichts anderes als verfügbare Arbeitskraft. Und wenn die Arbeiten noch so viel Geld kosten würden, wenn Milliarden auf Milliarden aufgewendet werden müßten, um den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, so wäre das nicht nur allereinfachste Pflicht, sondern auch wirtschaftlich tausendmal richtiger und vorteilhafter, als die Verlotterung und Verschleuderung der Arbeitskraft in unproduktiver Unterstüzung. Denn nicht nur kommt eines Tages die hineingearbeitete Menschenkraft als Nutzen wieder heraus, sondern das ist auch gerade der Teil der Unterhaltung der Arbeitslosen, der durch die sonst unproduktive Unterstüzung geleistet wird. Dieser Verkommt nicht mehr, sondern wird nun sinnvoll angewendet.

Damit erledigen sich zwei Bedenken: Erstens, daß es nicht möglich sein werde, die Arbeitslosen zum richtigen Lohn zu beschäftigen, und zweitens, daß die Finanzierung unmöglich sein würde. Zum ersten: Der Arbeiter erhält in seinem Lohn nichts, wofür er nichts leistet. Ein Teil wird durch die Güter gedeckt, die seine Volksgenossen zu annähernd gleichen Bedingungen für ihn herstellen, der andere Teil (im Falle der Notstandsarbeiten) durch die in die betreffende Unternehmung hineingesteckte Leistung. Und es wäre nun völlig närrisch, den Notstandsarbeiter schlechter zu bezahlen, denn um so weniger würde er Käufer, Auftraggeber, Arbeitgeber für seine Volksgenossen sein. Und zum zweiten: Lassen wir einmal beiseite, was hier des näheren doch nicht erörtert werden kann, daß eine nationalsozialistische Regierung bestimmte Haushaltsverbesserungen und andere Möglichkeiten finden wird, ihre Bewegungsfreiheit zu sichern. Aber die Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose und die Wiederbelebung der Volkswirtschaft nach der schweren Vergiftung, an der sie krankt, ist eine so wichtige Aufgabe, daß sie noch ganz andere Opfer rechtfertigen würde. Was zum Besten des Volkes geschehen muß, darf nie zu teuer sein. Wären für die 736 000 Arbeitslosen des Jahres 1924/25 anstatt rund 400 Millionen RM. etwa 1300 Millionen aufgewendet worden, so wäre nicht nur die Arbeitslosigkeit nicht gewachsen, sondern die praktische Bekämpfung hätte bis heute nur 9 Milliarden gekostet, nicht aber 12 Milliarden für unproduktive Unterstüzung. M. a. W., die Arbeitslosenversicherung hätte diese Aufgabe nahezu allein bewältigen können.

Wird eine Milliarde Reichsmark zur Beschäftigung von Arbeitslosen in der Volkswirtschaft investiert, so sind hierin zunächst 532 Millionen unmittelbare Lohngehälter und 249 Millionen mittelbare Lohngehälter enthalten. Die so neu beschäftigten 446 000 Arbeitnehmer geben durch ihren Verdienst und Bedarf weiteren 209 000 Arbeit, zusammen sind also 655 000 neu eingestellt. Diese stellen eine Lohnsumme von 1 184 240 000 RM. dar. (Zur besseren Nachprüfbarkeit führe ich hier die rechnerisch genauen Zahlen an, obwohl sie selbstverständlich für die Praxis nicht einmal auf die Million genau anzugeben sind.) Da von den 655 000 durchschnittlich 85 v. H. öffentlich unterstüzte Arbeitslose waren, beträgt die bisherige Unterstüzung 423 130 000 RM., die Einkommens- und Kaufkraftvermehrung der neu Eingestellten also 761 110 000 RM.

Dies muß aber auch auf das Volkseinkommen entsprechend einwirken, da die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger in einem natürlichen Verhältnis zu den Einkünften der selbständig Erwerbstätigen steht. Sie beträgt im ganzen 53,2 v. H. des Volkseinkommens. Also vermehrt sich dieses um 1 430 880 300 RM. Aus dieser Einkommensmehrung errechnet sich ein Mehraufkommen an Steuern und Abgaben (ohne Sozialversicherung) von 257 559 624 RM. (18 v. H. der Mehrung), wobei es hier gleichgültig ist, in welche Reichs-, Landes- und Gemeindefassen sie fließen. Der öffentlichen Hand stehen also an Ersparnissen bzw. Mehreinnahmen zur Verfügung

aus den bisherigen Unterstützungsfonds und -klassen	425 130 000 RM.
aus Steuern und Abgaben	257 559 624 RM.
	<hr/>
	680 689 624 RM.

Die Mehreinnahme der selbständig Erwerbstätigen beträgt in unserem Falle 669 776 000 Reichsmark.

Besonders zu beachten sind noch die neuen Einnahmen der Arbeitslosenversicherung mit 3,3 v. H. der Lohnsumme = rund 39 Millionen, ferner die Mehreinnahmen der Sozialversicherung, die die über 100 Millionen an neuen Beiträgen bekanntlich sehr dringend braucht.

Gehen wir, um das Ergebnis mit dem im ersten Aufsatz dargestellten zu vergleichen, von der Einstellung von tausend Arbeitnehmern aus, so ergibt sich, daß ihre Wiederbeschäftigung für die öffentliche Hand und damit natürlich wieder für die Gesamtwirtschaft einen Nutzen bedeutet, der 37 v. H. der für sie benötigten Lohnsumme ausmacht. Das ist etwas niedriger, als der Schaden beim Brotloswerden von tausend Arbeitnehmern war, weil bei der Wiedereinstellung mit den Nichtunterstützten gerechnet werden muß; die eingesparte Unterstützung ist also geringer als der seinerzeitige Aufwand beim Arbeitsloswerden. — Daß die errechneten Zahlen keinen Anspruch darauf machen dürfen, hundertprozentig in die Praxis übertragen werden zu können, habe ich schon gesagt.

Daß sie im ganzen stimmen, kann nicht bestritten werden, wenn man zugibt, daß der Kaufkraftausfall bei Brotloswerden und die Kaufkraftmehrerung bei Wiederbeschäftigung eintreten müssen und daß sich diese Bewegungen des Arbeitnehmereinkommens sowohl auf das Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen, als auch auf das ganze Volkseinkommen und damit auf die Einnahmen der öffentlichen Hand übertragen müssen. Ein tatkräftiger Angriff auf die Geistes- und Wirtschaftslähmung der Arbeitslosigkeit setzt zunächst den Austausch der Erzeugnisse des eigenen Volkes wieder in natürlichen Gang. Die in Geldzahlen errechneten Vorteile sind nur der Ausdruck dafür. Im Grunde bleibt noch die Frage ungelöst, wie wir vom Verzehr zur Erzeugung, von der Werteschaffung zur Güterbeschaffung kommen; denn die Betriebsmittel der Wirtschaft sind eben die erzeugten Güter, die von Mensch zu Mensch gehen. Vorläufig wird lebendige Kraft nur gebunden, nicht auf der anderen Seite als Ertrag wieder frei. Was als Geld dabei umläuft, das sind Anweisungen auf künftige Leistungen. Daran ändern auch noch so klug ersonnene Finanzierungsmethoden nichts, seien es die Künste der reaktionären Kredit- und Zinswirtschaft, seien es Bauparlassen, Notgeld, Gutscheine, Wäras usw., seien es die vernunft- und naturgemäßen Formen zinslosen volkswirtschaftlichen und staatlichen Kredits, wie sie heute nach nationalsozialistischer Bahnbrechung auch von anderer Seite erwogen werden. Und man muß sich eben darüber klar sein: Nachdem der Aufwand sowohl wegen des Schicksals unserer arbeitslosen Volksgenossen unbedingt geboten, als auch wirtschaftlich wie staatsfinanziell nur vorteilhaft ist, muß er geschehen, und ganz selbstverständlich ohne daß dem Leihkapital gestattet werden darf, aus unserer Not seinen Reiback zu ziehen. Alles was ein Volk ohne sofortigen Neu-Ertrag für sein Land und seine

Wirtschaft aufwendet, ist letzten Endes der Kredit des Volkes an sich selbst: der Glaube des Volkes an sich selbst, daß es treu seine Arbeit verrichten werde. Auch dann, wenn diese Arbeit durch die dicksten ausländischen Anleihen finanziert würde; nur daß es in diesem Falle seine Feigheit, seine Bequemlichkeit, seine Dummheit und seinen Geiz bitter büßen muß.

Wenn wir die Arbeitslosen nicht verhungern lassen wollen, müssen wir unser Brot mit ihnen teilen. Die Unterstützung ist nichts anderes als das. Und damit sie wieder Arbeit bekommen, damit sie nicht nur notdürftig ernährt, sondern auch bekleidet, erwärmt, gepflegt werden, damit sie sich nicht mehr als Ausgestoßene fühlen müssen, sogar am natürlichen Güteraustausch der Volkswirtschaft wieder mitwirken können, müssen wir eben noch ein Stückchen Brot dazulegen. Was ist natürlicher als dies? Noch dazu, da das Zusatzstücklein nicht einmal groß ist, noch dazu, da wir alle einen Vorteil dabei haben? Es ist so selbstverständlich, daß wir kein Wort mehr darüber zu verlieren brauchen.

Wir fassen wieder zusammen:

1. Unter allen Umständen muß Arbeitslosigkeit bei ihrer Entstehung dadurch bekämpft werden, daß Arbeitsgelegenheit geboten wird, auch wenn das nur auf dem Wege kostspieliger Notstandsarbeiten möglich wäre.

2. Bürgschaft für Arbeitsgelegenheit ist Pflicht des Staates. Es ist für Staat und Wirtschaft bedeutend vorteilhafter, die Arbeitslosen durch einen verhältnismäßig geringfügigen Mehraufwand zu beschäftigen, als ihnen nur Unterstützung zu zahlen.

3. Selbst wenn Notstandsarbeiten keinen Neuertrag für die Wirtschaft bringen, ist ihre Anwendung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geboten, da sie wenigstens den Güteraustausch innerhalb des vorhandenen Wirtschaftsumfanges aufrechterhalten.

4. Notstandsarbeiten sind Kapitalsanlagen der Volkswirtschaft und müssen aus grundsätzlicher und praktischer Notwendigkeit ohne Zulassung des Leihkapitals finanziert werden.

5. Voraussetzung zur erforderlichen und heilsamen Wirkung von Notstandsarbeiten ist die Zahlung normaler Arbeitslöhne. Denn nur so strahlt von einem Kern der Arbeitsbeschaffung Verdienst und Arbeitsgelegenheit nach allen Seiten in die Wirtschaft aus und vermindert fortwirkend die Zahl der Arbeitslosen.

III.

Arbeit für Brot und Brot für Arbeit!

Es mag gewagt erscheinen, die Verwendung volkswirtschaftlichen Betriebskapitals zur Anlage in Dauerverwerten zu fordern, wenn wir selbst feststellen, daß es dadurch noch weiter geschmälert wird. Unabweisbar aber ist die Erkenntnis, daß sonst das Grundkapital der Volkswirtschaft, die Arbeit des Volkes, erst recht verwüstet wird. Es ist daher besser, selbst im Mangel noch zu sparen, als Substanz zu vergeuden.

Um so wichtiger ist naturgemäß die richtige Auswahl der Objekte (oder wie man heute gern sagt: die Kapitalslenkung, weil dies dann nach etwas klingt, wovon nur die kapitalistischen Sachleute etwas verstehen). Wir erfüllen, wie gesagt, durch jede Notstandsarbeit die Aufgabe, den arbeitslosen Volksgenossen als berechtigten Verbraucher der verfügbaren Leistungen der Volkswirtschaft wiederzugewinnen. Aber wir brauchen auch Stärkung des volkswirtschaftlichen Betriebskapitals, brauchen die Unterbindung des leistungslosen Verzehrs, die ja bei der Investierung von Arbeit nur auf lange Sicht erfolgt. Daß gegenwärtig die industrielle Erzeugung hiefür nicht in Betracht kommt, kann als sicher unterstellt werden (wenn auch schöpferische Phantasie des Unternehmers, die sich nicht nur auf neue Modemuster oder Scherzartikel beschränkt, bestimmt noch Gebiete entdecken würde, auf denen seine Erzeugung einem lebendigen und überraschend aufnahmebereiten Bedarf begegnen würde). Dagegen wird es späteren Geschlechtern unverständlich bleiben, daß unsere Zeit von Überproduktion sprechen konnte, wo es gerade am vornehmsten Erzeugnis, am wichtigsten volkswirtschaftlichen Betriebskapital, wo es am Nährgut ganz empfindlich mangelt.

Vordringlich werden also nicht Wohnungs- und ähnliche Projekte trotz ihrer Erwünschtheit für Volkswohlfahrt und Gesundheit, vordringlich werden auch nicht an sich sehr notwendige Kanals, Straßen- oder Bahnbauten sein, sondern ganz einfach solche Aufgaben, die Nahrung beschaffen. Diese erfüllen gleichzeitig am besten die Voraussetzungen für jede gesunde Finanzoperation, die zu ihrer Einleitung etwa unternommen werden muß, weil sie Arbeitsertrag in die Wirtschaft einführen, der stets die einzige und wirkliche Deckung irgendwelchen Kredits, auch des zinslosen Eigenkredits sein kann. (Werte sind bestenfalls juristische Sicherheiten, um die deckende Leistung erzwingen zu können.)

Der Heimstättenbau, die Siedlung der Industriearbeiter mit nebenberuflicher Selbstversorgung erstrebt nun allerdings auch die Versorgung des Heimstättlers mit Nahrung. Der von Tholens gewiesene Weg zeichnet sich, wie stets bei diesem Verfasser, durch natürlichen Lebensverstand und Einfachheit aus. Seine großzügige Ausgestaltung hat jedoch eine Anzahl von Voraussetzungen, die ihn wohl als geeignetes Feld für staatliche Förderung nicht aber für unmittelbare Arbeitsbeschaffung erscheinen lassen. Beachtlich ist übrigens die Auffassung anderer, daß er eine Aufgabe des Arbeitsdienstes sein müsse. Daß die Arbeitsdienstpflicht als solche nicht eigentlich Bekämpfung der tatsächlichen, der drängenden, der unmittelbar zu bekämpfenden Arbeitslosigkeit ist, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Trotz der großen Bedeutung beider, des Heimstättenbaus und der Arbeitsdienstpflicht, werden sie also hier nicht weiter erörtert.

Die Bedeutung der inneren Kolonisation, die zur Minderung des Mangels an Nährgut Erhebliches beitragen kann, ist in sozialer Hinsicht wohl noch größer. Sie gehört schon zu den Aufgaben, die einer großzügigen Arbeitsbeschaffung gestellt werden können. Allerdings braucht die innere Kolonisation, also Neulandgewinnung und Siedlung, doch auch noch verhältnismäßig lange Zeit, um vollwertige Landwirtschaften hervorzubringen. Ob daher ihre Durchführung nicht auch besser im Rahmen des Arbeitsdienstes erfolgt, müßte noch erwogen werden. Vorläufig aber gehört sie zu den besten Notstandsarbeiten, die zur Beschäftigung der Arbeitslosen vorgenommen werden können. Ihre Wirkung auf die Verbreiterung unserer Ernährungsgrundlage darf aber auch nicht überschätzt werden. Wir können bestenfalls soviel Land durch sie gewinnen, als wir an landwirtschaftlicher Fläche durch das Versailler Diktat verloren haben. Und dabei sind wir heute schon wieder 65 Millionen!

Land und Brot für das deutsche Volk schafft also nicht nur fleißige Arbeit, sondern zuletzt und sicher nur starke Politik.

Aber jeder Zentner Getreide, jedes Mandel Eier, jeder Liter Milch, der aus Deutschland kommt, fordert von den deutschen Gewerben Arbeit, d. h. gibt den deutschen Arbeitern Arbeit. Und zwar sichere Arbeit. Daher ist Siedlung dringendes Gebot. Noch dringlicher aber wären ohne Zweifel Aufgaben, die unmittelbar und in kürzester Frist das Nahrungsgut vermehren. Diese würden alle Erfordernisse einer wirtschaftlich, sozial und politisch wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfüllen. Sehen wir dabei von den Intensivierungsmöglichkeiten der Landwirtschaft ab, die noch in reichem Maße zu Gebote stehen und deren Voraussetzungen nicht zum Gegenstand unserer heutigen Untersuchung gehören, so finden wir, daß von dem Nahrungsgut, das unsere Landwirtschaft gegenwärtig hervorbringt, ein sehr beachtlicher Teil für die deutsche Ernährung verloren geht, während eine weitere ebenfalls recht erhebliche Menge ohne umständliche oder in ihrem Erfolg noch nicht erprobte Maßnahmen zu gewinnen wäre, wenn man der jetzt schon arbeitenden Landwirtschaft nur die Möglichkeit dazu verschafft.

Im Heft 23 der NSM berichtet Hermann Tholens über die Meliorationen, Franz Vogl über die Schadenverhütung durch Hochwasserschutz und Silobau. Beide Verfasser haben sich durch die Bearbeitung ihrer Gebiete schon seit längerer Zeit große Verdienste erworben, und ihre in den Aufsätzen genannten weiteren Schriften sind besonders wegen ihrer lebendigen Wirtschaftsauffassung wertvoll. Sie sind die berufenen Fürsprecher ihrer Vorschläge. Ihre Vereinigung in diesem Hefte erfolgte mit der Absicht, zu zeigen, daß wirklich sehr dringende Arbeiten für die deutschen Arbeitslosen da sind und daß diese Arbeiten nicht einmal die Anlage von Kapital (volkswirtschaftlich!) auf längere Zeit erfordern. Sie machen sich durch die Vermehrung des Nahrungsgutes in kürzester Frist bezahlt.

Bringt man die von Tholens und Vogl angegebenen Zahlen auf einen gemeinsamen Nenner, so würde sich der Wert der Nahrungsgüter, die zu gewinnen sind, auf rund 2 Milliarden Reichsmark belaufen, also für die Gegenwart eine unschätzbare wirtschaftliche und politische Kraft darstellen. Der Gesamtaufwand würde 9,5 Milliarden betragen (für Meliorationen 6 Milliarden, für Hochwasserschutz 3 Milliarden, Silobau noch nicht 500 Millionen). Demnach könnte, schematisch berechnet, mit einem jährlichen Aufwand von höchstens 2,4 Milliarden die Arbeit in vier Jahren beendet sein. (Verbieten technische Bedingungen bei der einen Arbeit eine solche Beschleunigung von Anfang an, so kann dafür die andere um so stärker gefördert werden. Dies ist kein genauer Arbeitsplan, sondern der Überschlag über die Möglichkeit.) Sie würde bei einer durch die Jahreszeiten geforderten beschränkten Arbeitszeit von 39 Wochen jährlich eine Million Arbeitslose unmittelbar beschäftigen können. Durch Materialbedarf usw. würden weitere 330 000 Arbeitnehmer Arbeit finden, und da nunmehr die 1,33 Millionen Menschen rund 1,1 Milliarde mehr Einkommen haben als vorher, würde die Wirtschaft zur Befriedigung des Bedarfs dieser nicht mehr Arbeitslosen weitere 550 000 Personen brauchen. Alles in allem darf man mit einer Verminderung der Arbeitslosen um rund eine Million dreivierteljährig und mindestens 350 000 ganzjährig Beschäftigte rechnen. (Natürlich muß man dabei nicht nur an Erdarbeiter denken, sondern an alle Berufe, vom Grobschmied bis zur

Ladnerin.) Organisationseinzelheiten und die Frage, an welcher Stelle reine Staatsarbeit, an welcher Mischformen mit privater Betätigung und wo bloße zinslose Kreditierung privater Arbeiten angezeigt ist, desgleichen, wo Länder, Kreise, Gemeinden Träger der Aufgaben sind, können hier trotz ihrer Wichtigkeit auch für den Rückfluß der Aufwendungen unberücksichtigt bleiben.

Dem Aufwand von 2,4 Milliarden jährlich stehen gegenüber: Ersparte Unterstüzungen in Höhe von 1058 Millionen und Verbesserung des Aufkommens an Steuern und Abgaben für die öffentliche Hand um 644 Millionen, zusammen also 1700 Millionen. Die Rückflüsse von Krediten sind nicht eingerechnet. Desgleichen bleiben die erheblichen Summen hier unberücksichtigt, die von vornherein durch die Interessenten beigetragen werden können. Denn wenn die Sache geht, so wie sie hier dargestellt ist, dann geht sie um so besser, wenn der Aufwand verringert oder zurückgezahlt wird. Die Einnahme beziehungsweise Ersparnis von 1700 Millionen RM. mag phantastisch erscheinen, ist es aber nicht, wenn man bedenkt, daß sich das Einkommen der bisher Arbeitslosen von rund einer Milliarde auf fast drei Milliarden, das Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen um mehr als anderthalb Milliarde heben muß. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Einkünfte vorhanden sein werden, die die Zahlung von Steuern auch gestatten. — Nebenbei gewinnen die Sozialversicherungen den dringend notwendigen Einnahmezuwachs von fast 270 Millionen, die Arbeitslosenversicherung einen solchen von fast 100 Millionen. Dieser letzte ist im Zusammenhang mit den obenerwähnten Rückflüssen und mit der volkswirtschaftlichen Wirkung des Neu- und Mehrertrags besonders wichtig für die Vornahme weiterer Arbeiten.

Die Frage der Bereitstellung der Mittel, deren Wiedereingang zu erwarten ist, also die rein technische Seite der Vorfinanzierung, wird hier nicht behandelt, weil sie natürlich einer Unzahl von Einzelerwägungen bedarf, die hier nicht am Platze sind. Wichtiger ist die Frage nach der Deckung des Fehlbetrags von 700 Millionen. Wenn ich jetzt sagen würde: Dazu nehmen wir das Gluckkapital her, so würde das zwar den Leser außerordentlich freuen; aber um Glauben zu verdienen, müßte ich auch sagen, wie wir das Gluckkapital beim Kragen kriegen. Und das wäre schon darum untunlich, weil es dann, gewarnt, nur schwer mehr zu fassen wäre. Ich will aber beweisen, daß die Aufbringung der Mittel für die Arbeitsbeschaffung möglich ist, ohne daß überhaupt etwas getan werden muß, was nicht zur Bewältigung von Aufgaben des Gemeinwesens schon immer getan werden mußte. Ich unterlasse es daher auch, auf die völlig einwandfreie Finanzierung durch zinslosen Staatskredit mehr als nur hier im Vorbeigehen hinzuweisen, und stelle fest, daß wir selbst diesen nicht nötig haben.

Machen wir uns klar, daß jeder ehrliche Gewinn einen Voraufwand voraussetzt, entweder in Form von Arbeit oder in Form von Geld. Machen wir uns weiter klar, daß dieser Voraufwand hier das ist, was wir früher einen Kredit des Volkes an sich selbst genannt haben, und daß dieser Aufwand so oder so immer vom Volke selbst wieder getragen werden muß: So finden wir, daß die beste Form dieses Selbstkredits die wäre, wenn die Deckung des Fehlbetrags bei Beginn der Arbeit in bar vom Volke aufgebracht werden würde. Denn er beträgt ja nicht mehr als 1 bis $1\frac{1}{2}$ v. H. des Volkseinkommens. Ein allgemeiner Arbeitsbeschaffungsbeitrag in Höhe von $0,3$ v. H. des kleinen und in entsprechend vielfacher Höhe des großen Einkommens

würde den Fehlbetrag völlig decken. Der Mann z. B., der 30 RM. in der Woche verdient, brauchte nur 15 Xpf. wöchentlich abzugeben, um nunmehr sicher zu sein, daß er auch künftig seinen Wochenlohn heimtragen kann; der mit 40 RM. in der Woche würde 25 Xpf. beitragen usw. Daß zur Aufbringung der 700 Millionen die größeren, großen und ganz großen Verdienner sehr entsprechend herangezogen werden müssen, versteht sich von selbst. Und doch bleibt der Ansatz noch durchaus im Rahmen des Möglichen. Jeder aber würde wissen, daß er damit nicht nur dem Volksgenossen, nicht nur dem Volksganzen, sondern auch sich selbst am meisten dient.

Der Gedanke muß selbstverständlich technisch noch weit genauer ausgeführt werden. Aber schon jetzt ist klar, daß der Weg durchaus gangbar ist. Eine gerecht gestaffelte Steuer vom Einkommen ist die beste zinslose Anleihe, die ein Volk bei sich aufnehmen kann. In jedem anderen Fall ist die Geldbeschaffung teurer. Und es wäre das erste Mal seit Friedrich dem Großen und den Befreiungskriegen, daß Deutschland, um sich zu retten, keine Schulden macht.

Daß eine solche Steuer nicht die geringsten schädlichen Wirkungen auf den inneren Markt ausüben kann, ist klar. Wenn auch dafür weniger Bananen und Erdnüsse gekauft werden, am Tag eine Zigarette weniger geraucht wird, weniger ausländische Seifen, Düfte, Hüte, Rasierklingen, Tennisbälle, Büromaschinen, Automobile, weniger Ölfardin, französische Rivierablumen, afrikanische Kartoffeln und Blumenkohl hereinkommen, weniger Auslandsreisen gemacht werden, so ist das doch nur in der Ordnung. Denn das Leben unserer Arbeitslosen, das Leben unseres Volkes geht vor. Und: Vom Arbeiten ist noch kein Volk ärmer geworden, nur umgekehrt!

Nur eine Bedingung macht jeder, der hier seine Groschen noch hergeben soll: Daß das Geld weder unnützlich verorganisiert noch gar sonst irgendwie verputzt wird, sondern daß es einzig und allein und bis zum letzten Pfennig der Arbeitsbeschaffung dient. Und diese Bedingung wird vom nationalsozialistischen Staate erfüllt, weil die Auffassung, die dies fordert, sein eigenes Lebensgesetz ist.

Der bedeutende Vorteil einer solchen Arbeitsbeschaffung ist nun, daß auch der unproduktive Verzehr wirklich aufhört. In dem Augenblick, in dem die Vermehrung des Nahrungsguts sich bemerkbar macht, muß eine weitere Entlastung eintreten, die so erheblich ist, daß die weiteren Arbeiten sich in Kürze selbst aus Staatsmitteln ohne besondere Umlagen erhalten. Mit Beendigung dieser Arbeiten wird dann auch die Siedlungsarbeit so weit sein, daß sie die Fortführung der begonnenen besseren Nahrungversorgung übernehmen kann. Der Hochwasserschutz leistet ihr übrigens ohne besonderen Aufwand sehr förderliche Vorarbeiten. Auch für den Heimstättenbau ist dann die volkswirtschaftliche Voraussetzung geschaffen. Denn immer wieder muß betont werden: Solange nicht mehr Brot im Lande ist, solange ist alle Arbeitsbeschaffung eine zwar verständige und vorteilhafte Abkehr von dem bisherigen schwarzroten Unsinn und „sachverständigen“ Unrecht am deutschen Volke, aber doch nur letzten Endes eine bessere Verteilung der Last auf alle Schultern.

Nehmen wir nun, um bei den greifbaren Möglichkeiten zu bleiben, zu den im ersten Jahr neu beschäftigten 1,85 Millionen Arbeitslosen die vorhin ge-

nannten 650 000 aus der Hauszinssteuer hinzu, bedenken wir ferner, daß die Einführung der Arbeitsdienstpflicht und ihre auch bei der größten Sparsamkeit unausbleiblichen Bedürfnisse die Unterbringung von mindestens einer weiteren halben Million ermöglichen, so haben wir allein im ersten Anlauf schon drei Millionen Arbeitslose versorgt, und besser als durch die Unterstützungen des alten Systems. Nichts steht aber im Wege, nunmehr, nachdem wir ja Brot haben werden, auch andere große Arbeiten in Angriff zu nehmen und auch an technische Aufgaben heranzugehen, unter denen die Pläne des genialen Franz L a v a c z e l zur Umgestaltung der Wärmewirtschaft wegen ihrer unschätzbaren Bedeutung, ihres hohen Erfinderscharfsinns und ihrer volkswirtschaftlichen Folgerichtigkeit besonders genannt werden müssen. Als ein Beispiel, daß technische Erzeugung ebenfalls noch Möglichkeiten zur Anwendung deutscher Arbeit bieten kann, ist in diesem Hefte durch Wolfram Kriebel noch die Kohleverflüssigung behandelt worden.

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war, zu zeigen, daß unmittelbare Arbeitsbeschaffung durch den Staat geboten und möglich ist. Durch sie wird ein Zustand geschaffen, in dem auch weiter- und tiefergehende Reformen durchgeführt werden können. Zunächst handelt es sich aber um die Aufgabe des Augenblicks: So schnell wie möglich 6 Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben. Und diese Aufgabe können wir erfüllen, indem wir gleichzeitig die Befriedigung des dringenden Bedarfs an Nahrung gut beginnen. Die außen- und wirtschaftspolitischen Ergänzungen eines solchen Vorgehens konnten daher unerörtert bleiben.

Ein bloßes Rechencempel ist Arbeitsbeschaffung nicht. Unsere Zahlen sind nicht das Leben selbst. Sie spiegeln nur eine Gesetzmäßigkeit, der es den Weg zum Guten freizumachen gilt. Denn noch immer wird die rettende Tat vom Willen getan und nicht vom rechnenden Verstand. Aber wir wollen, und wir wissen, was wir wollen. Es kommt nur darauf an, welchen Aufschwung sich das deutsche Volk im ersten Jahr geben wird. Danach richtet sich, wie lange es dauert, bis die Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört. Zunächst muß durch überlegene Organisation die Vergeudung von Arbeitskraft und Betriebsmitteln der Volkswirtschaft stillgelegt, dann durch neue Erzeugung wieder ersetzt werden. So aber schaffen wir auch die Voraussetzungen für eine Politik, die dem wachsenden deutschen Volke auch in der Zukunft Brot und Arbeit sichern wird.

Die

Kampfschrift

Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P.

Hef 1 **Arbeiterverrat**

Von Heinz Franke, München. Stellvertretender Reichspropaganda-Leiter

Hef 2 **Der Schwindel des Bolschewismus**

Von Heinz Franke, München

Hef 3 **Landvolkpartei oder Hitlerbewegung?**

Von Landwirt Willi Seipel

Hef 4 **Vom Proletariat zum Volk**

Rede von Dr. Joseph Goebbels

Hef 5 **Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler**

(Brief vom 13. Dezember 1931)

Hef 6 **Die Journalle lügt!**

Von Heinz Franke, München

Hef 8: **Schluß jetzt! Wählt Hitler!**

Von Dr. Joseph Goebbels

Tatsachen und Lügen um Hitler 32 seitige Kupfertiefdruck-
broschüre mit Bildern

Jedes Heft nur 10 Pf. / Wiederverkäufer hohen Rabatt

Partei-Verlag Frz. Gher Nachf., G.m.b.H., München 2 N.D.

Lies Bücher

über den

Nationalsozialismus!

Mein Kampf

Von Adolf Hitler. Das Werk des nationalsozialistischen Parteiführers. Gesamtauflage über 130 Tausend. Ungekürzte Volksausgabe. 800 Seiten, Ganzleinen Mk. 7.20

Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus

Von Alfred Rosenberg, M.d.R. 80 Seiten. Broschiert. Mk. 1.—

Der deutsche Staat

auf nationaler und sozialer Grundlage. Von Gottfried Feder, M.d.R. 144 Seiten. Kartoniert Mk. 1.20

Das Programm der N.S.D.A.P.

und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Von Gottfried Feder, M.d.R. 64 Seiten. Kartoniert Mk.—.50

Die Nationalsozialisten im Reichstag 1924—31

Die Tätigkeit der nationalsozialistischen Fraktion in ihren Anträgen und Stellungnahmen. Von Dr. Wilhelm Frick und Dr. Kurt Fischer. 144 Seiten, Kartoniert Mk. 1.80

Kampf um Berlin

Von Dr. Joseph Goebbels, M.d.R. Ein Buch vom gigantischen Kampfe des Nationalsozialismus um die Reichshauptstadt. Mit vielen Bildern, 288 Seiten. Broschiert. Mk. 4.—
Leinen Mk. 5.50

Beamtentum und Nationalsozialismus

Von Dr. Müller, M.d.Heff.L. 64 Seiten. Broschiert Mk.—.80

Alle hier angeführten Werke sind durch jede deutsche Buchhandlung zu beziehen

Verlag Frz. Eher Nachf., München 2 NO